

Verdoppelung des Rüstungsbudgets geplant!

Eurofighter = Studiengebühren eines halben Jahrhunderts

Im Jahr 2004 wurde die EU-Rüstungsagentur (die seither etwas verschämt als "Verteidigungsagentur" bezeichnet wird) eingerichtet. Ziel dieses Rüstungsamtes ist es, die Aufrüstung in den EU-Mitgliedsstaaten auf einander abzustimmen und anzukurbeln. Mit dem ebenfalls im Jahr 2004 vom EU-Rat beschlossenen "Headlinie Goal 2010" will die EU bis zum Jahr 2010 in der Lage sein, weltweite Militärmissionen nach dem Vorbild der USA durchzuführen. Dafür werden derzeit eine Vielzahl neuer Waffensysteme produziert (Eurofighter, Kampfhubschrauber, Militärtransporter, Flugzeugträger, Marschflugkörper, Raketenabwehrsysteme, Militarisierung des Weltraums, usw.) und hochmobile Angriffstruppen aufgestellt, die sog. EU-Schlachtgruppen ("battle groups"). Mit der von allen vier Parlamentsparteien mitgetragenen Teilnahme an der EU-Rüstungsagentur und den EU-Schlachtgruppen steht Österreich vor einer Explosion des Rüstungsbudget. Bereits bis 2007 sollen die Ausgaben für das Bundesheer um 38% gegenüber 2004 steigen. Mittelfristig wird - nach Aussagen von Regierungspolitikern - die Verdoppelung des österreichischen Militäretats angestrebt. Soziales und Bildung bleiben dagegen immer mehr auf der Strecke. Alleine die Kosten der Eurofighter entsprechen den Einnahmen aus den Studiengebühren eines halben Jahrhunderts!

Friedensvolksbegehren



Kontakt: Werkstatt Frieden & Solidarität

Waltherstr. 15b, 4020 Linz

Tel. 0732/771094, Fax 797391

e-mail: office@werkstatt.or.at

www.friedensvolksbegehren.at

Werkstatt Frieden & Solidarität

www.werkstatt.or.at

Gegen Zugangsbeschränkungen!



“Einem 8-Millionen-Staat werden die Negativfolgen der restriktiven Universitätspolitik (Numerus clauses) eines 80-Millionen-Staates ungeachtet ihrer mehr als zweifelhaften Auswirkungen cool aufgebrummt. (...) Immerhin steht der EuGH nicht an, uns mit dem Hinweis auf die Einführung von Aufnahmeprüfungen oder dem Erfordernis von Mindestnoten (Kern des deutschen Numerus clausus) universitätspolitisch unter die Arme zu greifen, falls es doch Probleme geben sollte. Das ist mit Sicherheit der Punkt des Urteils, der in so manchen Zirkeln bereits die Sektkorken knallen lassen. Denn was ist schöner als die von vielen herbeigewünschten Restriktionen des freien Uni-Zuganges vom Europäischen Gerichtshof verordnet zu bekommen, ohne sie auf demokratischen Weg erstreiten zu müssen?”

Univ.-Prof. Dr. Manfred Rotter (Univ. Linz), Auszug aus: Standard, 8.7.2005

EUGH-Urteil: Zurück an den Absender!

Österreich war das letzte Land in der EU, das noch einen offenen Hochschulzugang hatte. Auch in dieser Frage hat sich die EU als Instrument zur Verallgemeinerung des Rückschritts erwiesen. Der Europäische Gerichtshof hat nicht etwa die Zugangsbeschränkungen anderer Staaten als rechtswidrig verurteilt, er hat vielmehr durch sein Urteil die Steilvorlage geliefert, um den offenen Hochschulzugang in Österreich zu kippen. Wenn Bildungsministerin Gehrler jetzt eingesteht, dass die Regierung bereits seit dem EU-Beitritt wusste, dass die bisherige Regelung des Hochschulzugangs nicht zu halten sei, so lässt das nur einen Schluss zu: mensch hat sich damals mit der EU auf eine Schamfrist geeinigt, in der Brüssel ein Auge zudrückt, um der Regierung die Beitrittspropaganda nicht zu vermasseln und sie anschließend nicht sofort der Lüge zu überführen. Auch wenn sich Regierung und Opposition wegen des Zugangsbeschränkungen zanken, so sind sie sich doch in einer Punkt einig: Kritik am EuGH-Urteil darf keine stattfinden. Das ist umso grotesker, als selbst namhafte Rechtsexperten der Meinung sind, dass der EuGH mit diesem Urteil seine Kompetenzen weit überschritten hat (z.B. Univ. Prof. Dr. Manfred Rotte, Univ. Linz). Die einzig sinnvolle politische Reaktion auf das EuGH-Urteil kann daher nur lauten: Zurück an den Absender! Wer zu dieser Kraftprobe mit einer zunehmend enthemmten Eurokratie nicht bereit ist, ist dazu verurteilt, hilflos zuzuschauen, wie heute die bildungspolitischen und morgen die sozialpolitischen Errungenschaften auf dem Altar der EU-Binnenmarktes zu Grabe getragen werden. Als Werkstatt Frieden & Solidarität engagieren wir uns daher für eine eigenständige Hochschulpolitik, die sich nicht den neoliberalen Vorgaben aus Brüssel beugt. Die Umsetzung des EuGH-Urteils trägt nur dazu bei, die reaktionären Zugangsbeschränkungen auch in Deutschland einzuzementieren, indem die Kosten dafür bequem ins Nachbarland exportiert werden. Damit wird die Vertretung der Studierendeninteressen hier wie dort untergraben.

Wirklich freier Hochschulzugang heißt...

...auch Überwindung des sozialen Selektion. Die Werkstatt Frieden & Solidarität fordert daher die sofortige Wiedereinführung der Freifahrt und das Höchststipendium für alle - durch Einbehaltung der zumutbaren Unterhaltsleistungen der Eltern (die erst ab dem Durchschnittseinkommen anfällt) durch die Finanzämter. Wir wollen eine internationale Öffnung der Universitäten durch Forcierung des Austauschs in Lehre und Forschung mit den Ländern des Südens und des Ostens - als Bestandteil einer gezielten Entwicklungspolitik.

Für einen freien Hochschulzugang!

Mit dem EuGH-Urteil über den Hochschulzugang werden Österreich faktisch die Zugangsbeschränkungen Deutschlands aufgezwungen. Die österreichische Regierung hat das bereitwillig aufgegriffen, um nach der Einführung von Studiengebühren zum nächsten großen Schlag gegen den freien Hochschulzugang auszuholen. Diese Politik lehnen wir ab. Wir fordern daher:

- **Keine Umsetzung des EuGH-Urteils - keine Zugangsbeschränkungen an den Hochschulen. Unrecht darf nicht Recht werden.**
- **Ausweitung der materiellen Mittel für die Hochschulen anstelle der geplanten Steigerung des Rüstungsbudgets.**
- **Sofortige Abschaffung der Studiengebühren.**

Name	Adresse	Unterschrift	
			*)

Bitte zurückschicken an: Werkstatt Frieden & Solidarität, Walthersstraße 15, 4020 Linz, Tel. 0732/771094, Fax 0732/797391, E-Mail office@werkstatt.or.at

*) bitte U für StudentIn bzw. S für SchülerIn eintragen.